



© DBB NRW

„Es hätte schlimmer kommen können – Aber wir müssen wachsam sein!“

Roland Staude und Jutta Endrusch leiteten die Besprechung mit Vertretern der Mitgliedsgewerkschaften.

DBB NRW Mitgliedsgewerkschaften ziehen gemischte Bilanz aus dem Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung

Der Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung bietet gute Ansätze, aber auch einige Gefahrenpotenziale – so lassen sich die Aussagen der DBB NRW Mitgliedsgewerkschaften wohl am ehesten zusammenfassen.

In einer Sitzung hatten viele von ihnen die Möglichkeit genutzt, eigene Bewertungen zum Koalitionsvertrag abzugeben. Das ist insbesondere vor dem Hintergrund wichtig, dass die Absichtserklärung der neuen Landesregierung zwar an vielen Stellen recht allgemein bleibt, an anderen aber durchaus sehr ins Detail geht.

„Wir haben mit unseren Mitgliedsgewerkschaften einen großen und fundierten Pool an Experten“, erklärt **Roland Staude**, 1. Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen. „Ent-

sprechend freuen wir uns über die Einschätzungen und nehmen sie mit in die nun anstehenden politischen Gespräche.“

Als ein Kernproblem in vielen Bereichen konnte im Laufe der Sitzung der Personalmangel identifiziert werden. Alleine in der Finanzverwaltung fehlen rund 1 000 Beschäftigte und auch die nordrhein-westfälischen Schulen haben zunehmend Schwierigkeiten, überhaupt qualifizierte Bewerber zu finden. Dass deswegen zunehmend versucht wird, dem akuten Lehrermangel mit

Quereinsteigern zu begegnen, die keine pädagogische Ausbildung haben, wurde allgemein eher skeptisch gesehen. Dagegen begrüßt wurden von den Lehrerverbänden vor allem der „Masterplan Grundschule“ und die geplanten Verbesserungen an den Berufsschulen. Gleichzeitig wurde aber darauf hingewiesen, dass andere Schulformen dadurch nicht vergessen werden dürften.

Für zumindest zeitweises Aufatmen bei den Gewerkschaftsvertretern sorgte die Tatsache, dass eine Überarbeitung des Landespersonalvertretungsgesetzes in der aktuellen Legislaturperiode nicht geplant ist. Denn zuletzt war eine Novellierung unter der schwarz-gelben Landesregierung mit massiven

Verschlechterungen für die Personalräte verbunden gewesen.

Besonders kritisch wurden dagegen die im Koalitionsvertrag immer wieder durchscheinenden Privatisierungstendenzen gesehen. „Gerade in den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, wie wichtig der öffentliche Dienst für das Funktionieren des Staates ist“, so Roland Staude. „Nun, da ein wenig Ruhe eingekehrt ist, sollte die Landesregierung nicht den Fehler machen und den öffentlichen Dienst durch Personalabbau und Privatisierung schwächen.“

Dieses Thema sowie auch viele weitere geäußerte Punkte will der DBB NRW mit in die politischen Gespräche nehmen, die in den kommenden Wochen mit der Landesregierung und den einzelnen Ministerien anstehen. **JM**

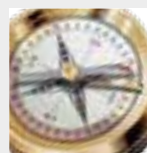
3 Barrierefreiheit von Gebäuden und Software

AGSV-Vorsitzender Günter Uhlworm im Gespräch



6 Lotsen in unserer Gesellschaft

Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit stellt sich vor



8 #jederverdientrespekt

Aktion der dbb jugend nrw in Bonn



Wird Justitia in den Wellen der demografischen Entwicklung untergehen?

Deutsche Justiz-Gewerkschaft Nordrhein-Westfalen schlägt Alarm

Nach den Richtern und Staatsanwälten sowie der Polizei macht der Landesvorsitzende der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG), Klaus Plattes, auf stürmische Zeiten aufmerksam.



Neben in der Öffentlichkeit hauptsächlich wahrgenommenen Richtern und Staatsanwälten arbeiten auch Beamtinnen und Beamte im mittleren Justizdienst (Laufbahngruppe 1.2), Wachtmeister (Laufbahngruppe 1.1), Tarifbeschäftigte und unsere Kolleginnen und Kollegen des gehobenen Dienstes in der Justiz. Das Wirken des mittleren Justizdienstes/der Justizbeschäftigten (Laufbahngruppe 1.2) erfolgt meist im Stillen, ist aber für

das reibungslose Funktionieren der Justiz unerlässlich. **Klaus Plattes:** „Auch auf diese kommt in den nächsten Jahren neben den bevorstehenden Veränderungen in Hinblick auf veränderte Arbeitsweiten, Stichwort: Digitalisierung, eine weitere große Herausforderung zu: **der sogenannte demografische Wandel!**“

Ein Großteil der in diesem Bereich beschäftigten Kolleginnen und Kollegen ist bereits

jetzt in dem Altersbereich Ü50 zu finden. Diese werden somit in den nächsten Jahren in den Ruhestand beziehungsweise in Rente gehen.

Was kommt dann? Was sind die Konsequenzen?

Bereits jetzt reicht die Gesamtzahl der Ausbildungsplätze (derzeit 300 Auszubildende pro Jahr) nicht aus, die kommenden personellen Abgänge zu kompensieren.

Auf gesellschaftspolitische Veränderungen kann nicht mehr angemessen reagiert werden. Der erforderliche Wissenstransfer gerät ins Stocken.

Nur durch eine funktionierende Justiz ist auch der Wirtschaftsstandort Deutschland in seiner bisherigen Form gesichert (zum Beispiel Rechtssicherheit und Rechtsschutz für alle, funktionierende Grundbuchämter und Registergerichte, schnelle Klärung in Nachlassangelegenheiten).

Die DJG – Deutsche Justiz-Gewerkschaft fordert deshalb von den Entscheidungsträgern im politischen Raum, endlich auf die kommenden Herausforderungen zu reagieren.

Klaus Plattes: „Jetzt wird neues Personal benötigt! Jetzt werden modernisierte Laufbahnen und Berufsbilder benötigt! Morgen ist zu spät!“

JVA-Beamter auch in Berufungsinstanz freigesprochen

Mit Rechtsschutz des DBB NRW: LG Köln bestätigt Freispruch des AG Köln

Wie bereits in der Märzangabe des DBB NRW Magazins berichtet, wurde ein JVA-Bediensteter als Mitglied des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands NRW (BSBD NRW) von einem Rechtsanwalt des Dienstleistungszentrums West des dbb, unter Rechtsschutzgewährung des DBB NRW, in einem Verfahren mit dem Vorwurf der Gefangenenbefreiung verteidigt.

Sowohl in erster als auch in zweiter Instanz war diese Verteidigung erfolgreich.

Dem Verfahren lag ein Fall zugrunde, der bundesweit für Aufsehen gesorgt hatte: Zwei Beschäftigte der Justizvollzugsanstalt Aachen (JVA Aachen) waren angeklagt, bei einer Ausführung einem

sicherungsverwahrten Gefangenen die Flucht aus einem Kölner Brauhaus zu ermöglichen.

Das Landgericht Köln folgte im Urteil aus dem Juli 2017 erneut der Argumentation der Verteidigung. Zwar hätten die Bediensteten unsorgfältig, jedoch nicht vorsätzlich ge-

handelt. Sie haben die Flucht des Gefangenen nicht billigend in Kauf genommen. Die Gefangenenbefreiung ist nach § 120 Strafgesetzbuch strafbar, setzt allerdings ein vorsätzliches Verhalten des „Täters“ voraus.

Erneut beweist sich, dass sich die Mitgliedschaft in einer

dem Deutschen Beamtenschaft Nordrhein-Westfalen angeschlossenen Gewerkschaft lohnt. Neben vielen anderen Leistungen kann den Mitgliedern nämlich hochkompetenter berufsbezogener Rechtsschutz unter Durchführung durch spezialisierte Juristinnen und Juristen zur Verfügung gestellt werden.

Leider möchte die Staatsanwaltschaft wieder das Ergebnis nicht akzeptieren und hat Revision eingelegt. Der endgültige Ausgang steht also noch nicht fest und bleibt abzuwarten.

MP

„Wir fordern Barrierefreiheit von Gebäuden und Software“

Neuer AGSV-Vorsitzender Günter Uhlworm im Gespräch mit dem DBB NRW Magazin

DBB NRW Magazin: Zunächst unseren herzlichen Glückwunsch zur Wahl. Sie treten in große Fußstapfen, nämlich von Heinz Pütz (DSTG), der dieses Amt 25 Jahre lang innehatte.

Günter Uhlworm: Heinz Pütz hat sein wohlverdienten Ruhestand erreicht. Zuletzt war ich sein erster Stellvertreter.

Menschen. Die Landesqualifizierung der Berufsförderwerke Düren und Oberhausen in Kooperation mit dem Land NRW wurde 1997 ins Leben gerufen, um Menschen mit einer Behinderung den Einstieg in ein neues Berufsleben zu ermöglichen, wenn das Schicksal in Form einer Behinderung aufgrund einer Erkrankung oder eines Unfalls zugeschla-

ten erlernen, wenn sie bereits eine kaufmännische Vorbildung mitbringen. Nach erfolgreichem Abschluss halten die Absolventen nicht nur ein Zeugnis, sondern auch einen Arbeitsvertrag in den Händen. Kein anderes Bundesland hat diese Maßnahme ergriffen. Das gilt es natürlich fortzusetzen.

tungen, der Richterräte, aber auch von Straßen.NRW, des Bau- und Liegenschaftsbetriebs (BLB) und der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen der Hochschulen.

DBB NRW Magazin: Müssen durch die Umressortierungen der neuen Landesregierung auch die Schwerbehindertenvertretungen neu gewählt werden?

Günter Uhlworm: Da wird sich mit aller Wahrscheinlichkeit nichts ändern. Es sei denn, eine in einem Ressort gewählte Hauptvertrauensperson muss in ein anderes Ministerium wechseln. Die bisherigen Stellvertreter rücken dann nach.

DBB NRW Magazin: Für den DBB NRW ist es wichtig gewesen, dass diese Position nach wie vor in den bewährten Händen eines Mitglieds des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen verbleibt.

Günter Uhlworm: Das war nie gefährdet. Bei der letzten Wahl zum Ersten Stellver-

Im Interview mit dem neuen Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Hauptschwerbehindertenvertretungen und Schwerbehindertenvertretungen der obersten Landesbehörden Nordrhein-Westfalen (AGSV NRW), **Günter Uhlworm** (DJG), zeigt der Justizamtsinspektor, dass er sich einiges vorgenommen hat.

treter bin ich bereits ohne Gegenstimme gewählt worden.

DBB NRW Magazin: Wer ist eigentlich als Mitglied in diesem Gremium?

Günter Uhlworm: Natürlich sämtliche Vertreter der Hauptschwerbehindertenvertretungen und die Schwerbehindertenvertretungen **aller Ministerien**. Das sind unter anderem die Vertreter der Polizei, des Ministeriums des Innern, der verschiedenen Lehrervertre-

DBB NRW Magazin: Herr Uhlworm, Sie sind als aktiver Gewerkschaftler in der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG) bekannt. Vor allem als Schwerbehindertenvertreter setzen Sie sich seit Jahren für die Belange der schwerbehinderten Menschen ein. Zunächst „nur“ in der Justiz und nunmehr auch in der gesamten Landesverwaltung. Woher nehmen Sie die Kraft dazu?

Günter Uhlworm: Die Kraft ziehe ich aus den von mir im Sinne der Beschäftigten erzielten Erfolgen. Umso mehr man

DBB NRW Magazin: Heinz Pütz hat während seiner Amtszeit vieles erreicht.

Günter Uhlworm: Ja, er hat sehr viel erreicht. Beispielsweise die **Landesqualifikationsklassen** für schwerbehinderte

gen hat und der bisherigen Beruf nicht mehr ausgeübt werden kann.

In einer achtmonatigen Qualifizierung können die Rehabilitanden den Beruf des Verwaltungsfachangestell-

Erfolg hat, umso mehr finde ich die Kraft, sich für weitere Belange einzusetzen. Meine ersten Erfolge habe ich seinerzeit beim Amtsgericht Aachen erzielt. Und später auch beim Oberlandesgericht Köln, in deren Verwaltung ich immer ein offenes Ohr fand.

Daher konnte ich im Geschäftsbereich des OLG Köln Neuerungen im Sinne der behinderten Menschen umsetzen. Und das gab mir die Kraft, diese guten Beispiele auf Landesebene in der Justiz und nun auch in der gesamten Landesverwaltung umzusetzen.

DBB NRW Magazin: Das haben Sie in der Tat jetzt geschafft. Was ist denn Ihr Vorzeigeprojekt, was Sie bislang im Sinne der behinderten Menschen erreicht haben?

Günter Uhlworm: Das barrierefreie Bauen in der Justiz. Ich bin stolz darauf, was ich seitdem als Hauptvertrauensperson der Justiz für schwerbehinderte Menschen erreicht habe.

Als erstes Bauprojekt bin ich mit dem Neubau des Amts- und Landgerichts Düsseldorf in Berührung gekommen. Ich habe dort während der Bauphase noch viele Dinge für die Barrierefreiheit umsetzen können, die vorher nicht im Bauplan vorgesehen waren.

Seitdem sind viele Projekte im Rahmen des barrierefreien Bauens umgesetzt worden, zum Beispiel Wegeleitsysteme, Pulttischanlagen für Blinde zur Orientierung im Hause, die Anschaffung von mobilen Höran-

lagen für Hörbehinderte, kontrastreiche Gestaltung der Wege und Schilder, Treppen für Sehbehinderte und die Ausstattung der Behinderten-WC mit einem Dusch-WC für behinderte Menschen, auf das ich im Übrigen selbst wegen meiner kurzen Arme angewiesen bin.

DBB NRW Magazin: Was ist Ihre Agenda für die Arbeit, die Sie als Vorsitzender künftig gestalten wollen?

Günter Uhlworm:

1. Anpassung der Richtlinien der Landesverwaltung zum SGB IX

Eine Arbeitsgruppe wurde gebildet, die bereits in zahlreichen Sitzungen Änderungsvorschläge erarbeitet hat. Nach der Sommerpause beginnen wir mit den Verhandlungen mit der Landesverwaltung.

2. Einstellungen von Menschen mit Behinderungen

Neue Aktionen wie zum Beispiel Aktion 100 und STAR sollen dabei helfen. Die Schaffung von behinderungsbedingten Rahmenbedingungen für die Ausbildung und die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen möchte ich vorantreiben.

Die Anerkennung der geleisteten Arbeit von Menschen mit Behinderungen unter Berücksichtigung von behinderungsbedingter Minderleistung. Außerdem möchte ich den Arbeitsplatz an den Menschen anpassen und nicht den Menschen an den Arbeitsplatz.

„Inklusive Gesellschaft“ bedeutet meines Erachtens auch und gerade insbesondere die Beschäftigung von besonders betroffenen schwerbehinderten Menschen mit Behinderung auf dem 1. Arbeitsmarkt in der



Landesverwaltung. Die Beschäftigung in der Landesverwaltung ist kostengünstiger als die Unterbringung in einer Werkstatt für behinderte Menschen. In einigen Dienststellen wurden bereits erfolgreich Menschen mit Behinderungen aus den Werkstätten für behinderte Menschen integriert. Warum gibt es für diese Beschäftigung keine zusätzlichen Stellen? Warum sind diese Bediensteten noch in der Werkstatt beschäftigt, obwohl sie schon viele Jahre in der Landesverwaltung arbeiten? Warum werden nicht Integrationsbetriebe mit Unterstützung der Integrationsämter gegründet? Bei privaten Arbeitgeber geht das viel einfacher. Hier muss sich die Landesverwaltung bewegen.

3. Einstellungskorridore für Menschen mit Behinderung

Abweichend von der im Landesbeamtengesetz festgelegten Bestenauslese muss die Einstellung von Menschen mit Behinderungen möglich sein. Im Koalitionsvertrag ist eine Quote von fünf Prozent schwerbehin-

derter Menschen bei Neueinstellungen festgeschrieben.

4. „Reha vor Rente“ – Anerkennung der behinderungsbedingten Minderleistung Verhinderung der vorzeitigen Zuruhesetzung oder der Erwerbsminderungsrente durch das betriebliche Wiedereingliederungsmanagement (BEM). Ich möchte eine Prüfung der Arbeitsplätze vorschalten lassen, ob eine vorzeitige Zuruhesetzung durch Anpassung der Arbeitsleistung und unter Berücksichtigung der Zahlung eines Beschäftigungssicherungszuschusses der Integrationsämter zum Ausgleich der behinderungsbedingter Minderleistung verhindert werden kann.

Die Pensenreduzierung der schwerbehinderten Menschen aufgrund der Behinderung soll durch zusätzliche Bereitstellung von entsprechenden Stellenanteilen das vorhandene Personal vor

FERIENZIELE

DEUTSCHLAND

Bauernhof/Nähe St. Peter-Ording,
Kühe, Schafe, Ponys, hofeigener Reitweg,
Strand 800 m, kinderfrdl., 4-Sterne FeWos, für
2-6 Pers., Frühstück, Sauna, Hausprospekt!
Tel. (04862) 8541 www.rickerts.de

einer Überlastung schützen. Zurzeit werden diese Pensenanteile auf das vorhandene Personal der Nichtschwerbehinderten zusätzlich verteilt.

Ein Beispiel: Eine Arbeitsgruppe mit vier Kolleginnen und Kollegen. Alle vier erledigen 100 Prozent. Nun wird einer mit einer Augenerkrankung schwerbehindert. Nach und nach wird die Sehkraft nachlassen, sodass nun zusätzliche Hilfsmittel notwendig sind. Dadurch kann nicht mehr das gleiche Pensum erledigt werden wie ohne Schwerbehinderung. Zur Vermeidung einer Zuruhrsetzung kann nun diese behinderungsbedingte Minderleistung anerkannt werden, das Integrationsamt zahlt einen Beschäftigungssicherungszuschuss, das Pensum wird nun um 30 Prozent bis 50 Prozent, je nach Schwere der anerkannten Behinderung, reduziert.

Diese, sagen wir mal um im Beispiel zu bleiben, 50 Prozent werden nun auf die drei übrigen Teammitglieder ver-

teilt. Diese drei absolvieren nun ein 350-Prozent-Pensum. Das geht meines Erachtens nicht. Wir müssen diese Kollegen ebenfalls vor Überlastung und Gesundheitsgefahren schützen, indem nun ein zusätzlicher Stellenanteil von 50 Prozent zum Ausgleich geschaffen wird, zumindest solange befristet, wie die behinderungsbedingte Minderleistung fortbesteht.

5. Fortsetzung der Landesqualifizierungsklassen

Die bestehenden Klassen sollen weiter fortgeführt werden. Es ist zu prüfen, ob weitere Klassen wie zum Beispiel für Gehörlose oder aber auch zum Aufstiegsbeamten gebildet werden können.

6. Barrierefreiheit

Die Umsetzung des Erlasses des MAIS vom 8. Dezember 2014. Erfassung aller Gebäude hinsichtlich ihrer Barrierefreiheit. Einstellen der Infos auf der Seite www.informierbar.de sowie die Aufstellung eines Konzepts zur Herstellung der Barrierefreiheit in Bestandsgebäuden.

Zudem muss die eingesetzte Software in allen Bereichen barrierefrei entwickelt werden. Bestehende Software ist anzupassen oder auszutauschen. Hier möchte ich die Zusammenarbeit aller Schwerbehindertenvertretungen aller Bundesländer unterstützen. Akten und Programme machen an der Landesgrenze nicht halt. Alles muss überall von jedem nutzbar sein.

DBB NRW Magazin: Was steckt hinter dem Plan zum SGB IX?

Günter Uhlworm: Wir haben Teilhaberichtlinien in jedem Bundesland, d. h. das SGB IX wird in einigen Punkten noch weiter konkretisiert. Damit treten landesspezifische Forderungen in den Vordergrund. In Nordrhein-Westfalen galten seit 2010 bessere Freistellungsregelungen für Schwerbehindertenvertretungen in den Teilhaberichtlinien als im SGB IX. Mit der Änderung des SGB IX sind die Freistellungsregelungen für Schwerbehindertenvertretungen praktisch verdoppelt worden. Seit dem 1. Januar 2017 gibt es jetzt eine erste Freistellung für Vertrauenspersonen bereits ab 100 (bislang ab 200) schwerbehinderten Menschen. Die Freistellungsregelungen für Schwerbehindertenvertretungen sind in NRW der geänderten Gesetzeslage im SGB IX anzupassen. Damit die Vertrauenspersonen mehr Zeit für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben haben. Denn die Aufgaben sind sehr umfangreich geworden in den letzten Jahren. Das weiß ich aus eigener Erfahrung. Barrierefreies Bauen, barrierefreie Software/Anwendungen, Nachwuchsgewinnung, Personalplanung erfordern sehr viel Zeitaufwand. Man ist in vielen Arbeits- und Steuerungsgruppen tätig. Und das alles kann man

nur erfüllen, wenn man auch die Zeit dafür hat.

DBB NRW Magazin: Ein Satz noch zu neuen Landesregierung. Was erwarten Sie von der neuen Regierung?

Günter Uhlworm: Einige Dinge, die wir an die behindertenpolitischen Sprecher der beiden Regierungsfractionen gegeben haben, sind in den Koalitionsvertrag mit eingeflossen. Wir werden jetzt das Gespräch mit den neuen Verantwortlichen suchen. Dabei liegen mir zwei Themen besonders am Herzen:

Die Anerkennung der behinderungsbedingten Minderleistung und die Barrierefreiheit von Gebäuden und Software. Ich nehme Bezug auf die Punkte 4 und 6 meiner zuvor genannten Aufzählung.

DBB NRW Magazin: Ich sehe schon, die neue Regierung kann sich auf einen kompetenten, aber auch harten Gesprächspartner einstellen.

Wir gratulieren noch einmal ganz herzlich zur Wahl und wünschen Ihnen viel Erfolg bei ihrer Tätigkeit.

Mit Günter Uhlworm sprach Joachim Klein, Chefredakteur des DBB NRW Magazins.





Sozialarbeiter/-innen – Lotsen in unserer Gesellschaft

Gesetzesänderung stellt deren Berufsverband vor große Herausforderungen

Bundesweit gilt der Landesverband NRW mit seinen 1 500 Mitgliedern als der größte Landesverband innerhalb des „Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit e. V.“. Die Mitgliederstruktur ist so vielfältig wie die Aufgabengebiete, die die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter abdecken.

Die einen sind in der „Kinder- und Jugendhilfe“ eingesetzt, die anderen vielleicht im Bereich „Psychiatrie und Sucht“. „Innerhalb des Verbandes sind zwecks Förderung des Austausches sogenannte ‚Landesfachgruppen‘ für die vielen einzelnen Gebiete eingerichtet worden. Einerseits findet hier die kollegiale Beratung insbesondere durch unsere ehrenamtlichen Kolleginnen der Fachgruppe Arbeits- und Tarifrecht statt, andererseits werden in diesen die Standpunkte des Verbandes zu bestimmten Themen innerhalb des Arbeitsgebietes erörtert. Über den Landesvorstand werden sie

nach außen kommuniziert“, erklärt die Landesvorsitzende **Waltraud Himmelmann** die Struktur des Verbandes.

Kinder- und Jugendarbeit wird erschwert

Großer Diskussionsbedarf herrscht derzeit bundesweit bezüglich der Reform des 8. Sozialgesetzbuches. Erst nach und nach drangen Informationen dazu an die Öffentlichkeit; lange Zeit hatte der Gesetzgeber diese von seinen Plänen weitgehend ausgeschlossen.

Die Reform sieht unter anderem vor, dass Ansprüche von

behinderten Kindern und Jugendlichen nunmehr im SGB VIII (statt im SGB IX und im SGB XII) geregelt werden sollen. Nach derzeitigem Recht muss ein Betroffener mehrere Ämter aufsuchen, um seine Ansprüche einzufordern. Dies soll zukünftig nicht mehr nötig sein, da es nur noch einen Ansprechpartner für Betroffene geben wird. Eine sinnvolle Lösung, so scheint es auf den ersten Blick, zumal sie insgesamt kostengünstiger ist.

Kritiker befürchten jedoch, dass durch die Neuerung Kinderrechte bzw. Elternrechte ausgehöhlt werden. „Bislang ist es möglich, individuell auf das Kind einzugehen und die Eltern in den Prozess einzubeziehen. Oft werden Einzelgespräche mit den Betroffenen geführt, um Problemen wirklich auf den Grund gehen zu können“, berichtet **Sven Leimkühler**, Beisitzer im Landesvorstand, aus der Praxis. „Zukünftig wird eine sogenannte ‚Unterstützung zur Teilhabe im

Sozialraum‘ bewilligt, das heißt, die Hilfen könnten vorwiegend als Gruppengespräche stattfinden. Es steht zu befürchten, dass Einzelsitzungen nur im Ausnahmefall bewilligt werden. Gruppengespräche haben durchaus etwas Positives und sind letztendlich kostengünstiger, doch das oftmals tief verborgene Problem bekommt man mit dieser Methode schlecht zu greifen.“ Außer Acht gelassen werden darf auch nicht die Gefahr der Stigmatisierung der Betroffenen, die durch die Zuteilung zu einer bestimmten Gruppe besteht. Das Anfang der 90er-Jahre in Kraft getretene und einst als Errungenschaft gefeierte Kinder- und Jugendhilfegesetz würde mit der Reform gekippt werden.

Sozialarbeit ist keine Ware

Auch auf die praktische Arbeit des Sozialarbeiters hätte die Gesetzesnovellierung, die mit einem erheblichen Zuwachs an Bürokratie für den einzelnen

DBB Kreisverband Münster trauert um ehemaligen Vorsitzenden

Wir trauern um unseren ehemaligen DBB Kreisvorsitzenden von Münster, **Dr. Dieter Jeddelloh**, der am 14. August 2017 im Alter von 83 Jahren gestorben ist. Die Beisetzung hat bereits im engsten Familienkreis stattgefunden.

Dr. Jeddelloh war mehr als 20 Jahre von 1977 bis 1998 Kreisvorsitzender des DBB Kreisverbandes Münster. Als langjähriger Vorsitzender des Umlegungsausschusses der Stadt Münster hat er auch für seine Heimatstadt große Verdienste erworben.

Wir danken für sein Engagement für die Stadt Münster, in seiner Fachgewerkschaft und im Deutschen Beamtenbund Nordrhein-Westfalen.



Dr. Dieter Jeddelloh (links) bei seiner Verabschiedung durch den damaligen Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann im Jahr 2008.



© Cordula Straßmann

Vorstandssitzung des Landesverbandes des DBSH e. V. in Dortmund

einhergeht, großen Einfluss. Die Strukturen wären dann so, dass, wie nach Europarecht erforderlich, sämtliche beabsichtigten Maßnahmen ausgeschrieben werden müssen, wodurch der Preisgünstigste und nicht unbedingt der Beste seines Fachs den Zuschlag erhält. Der Sozialarbeiter verwaltet mehr und mehr, statt wie bisher mit dem Menschen zu arbeiten.

„Diese Zerrissenheit, die durch derartige Strukturen bei Menschen entsteht, ist eine Ursache für das Ausbrennen, das in der Gesellschaft und insbesondere in sozialen Berufen, immer häufiger auftritt“, gibt die Landesvorsitzende zu bedenken.

Innerhalb des Verbandes wurden im Hinblick darauf die berufsethischen Werte überarbeitet. Sie beschreiben nun die Dilemma-Situation, wie man sich dieser gewahr wird und wie man damit umgeht, so dass man auch eine gute Selbstsorge betreiben kann.

„Aggressionen gegen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen werden immer mehr zunehmen“, erklärt Waltraud Himmelmann. „Da ist unser Verband als Mitglied im Deutschen Beamtenbund gefordert, sich ebenfalls in die Diskussion einzubringen. Teilweise fördern vorhandene verschlechterte Strukturen am Arbeitsplatz aggressives Verhalten von Klientinnen und Klienten. Müssen Sachbearbeiter ständig wechseln und sich damit die Kunden immer an neue Ansprechpartner gewöh-

nen? Warum kann man nicht Termine vergeben, statt lange Schlangen vor den Bürotüren in Kauf zu nehmen?“

Hohe Nachfrage nach sozialen Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt

Neueinsteiger in den Beruf haben auf dem Arbeitsmarkt im Moment sehr gute Einstellungsmöglichkeiten, denn dank der Flüchtlingswelle werden eine Vielzahl von Fachkräften gesucht. Allerdings sind die Verträge meistens nur befristet, unbefristete Beschäftigungsverhältnisse sind noch am ehesten im öffentlichen Dienst oder bei großen Wohlfahrtsverbänden zu bekommen. Auch der Verdienst lässt noch zu wünschen übrig: Wer sich entschieden hat, seinem Bachelor- noch den Masterabschluss hinzuzufügen, wird das später im Geldbeutel nicht unbedingt spüren.

„Erfreulich ist jedoch, dass sich in der letzten Zeit die Promotionsmöglichkeiten verbessert haben. So entstehen fundierte wissenschaftliche Studien, die für unseren Beruf in fachlicher Hinsicht, aber auch mit Blick auf das, was wir für die Gesellschaft leisten, wichtig sind. Denn unsere Profession ist es, dass wir als ‚Lotsen‘ unseren Klientinnen und Klienten was Gutes tun, Teilhabe und Bildungschancen ermöglichen und damit letztendlich auch unserer Gesellschaft“, resümiert Waltraud Himmelmann und Sven Leimkühler einhellig.

CS

Versprochen ist versprochen!



Keine Sorge:

Wir sorgen schnell wieder für festen Boden unter den Rädern.

Versicherungen versprechen vieles. Hand aufs Herz: wir auch. Aber wir versprechen nichts, was wir nicht auch halten. Denn überzeugte und zufriedene Kunden sind unser Hauptantrieb. Überzeugen Sie sich selbst.

GVV. Gewachsen aus Vertrauen.



www.gvv.de/kfz-versprechen

GVV-Privatversicherung AG – Aachener Straße 952–958 – 50933 Köln
Eine Tochtergesellschaft der GVV-Kommunalversicherung VVaG

Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Groß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staudé (Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.
Chefredakteur: Joachim Klein (JK).
Redaktion: Johanna Muschalik (JM), Cordula Stratmann (CS), Malte Poerschke (MP).
Bildredaktion: Tanja Henze.
Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.
Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des dbb beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Verlag: dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.
Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Anzeigentarif Nr. 39, gültig ab 1.10.2016. **Ständige Beilage:** dbb magazin. ISSN 1438-2989

Postvertriebsstück G 6051 • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“

#jederverdientrespekt: Mahnwache der dbb jugend nrw gegen Gewalt in Bonn

Landesjugendleiter: „Respekt scheint für viele ein Fremdwort geworden zu sein.“

„Jeder verdient Respekt“ war das Motto der Aktion, mit der die dbb jugend nrw nun schon zum wiederholten Mal aufmerksam machte auf die zunehmende Aggression und Gewalt, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst vermehrt entgegenschlägt.

Mit der Farbe Magenta sind sie in Bonn vertraut. Die Deutsche Telekom hat hier ihren Sitz und auch das örtliche Basketballteam spielt in Trikots mit magentafarbenen Streifen. Für die vielen magentafarbenen Luftballons, die am vergangenen Samstag in der Bonner Innenstadt zu sehen waren, gab es jedoch einen ganz anderen Grund:

Die Deutsche Beamtenbund Jugend Nordrhein-Westfalen (dbb jugend nrw) hielt auf dem Bonner Marktplatz eine Mahnwache ab und machte mobil – gegen Gewalt und für mehr Respekt.

„Respekt scheint für viele ein Fremdwort geworden zu sein“, sagt der Landesjugendleiter der dbb jugend nrw, **Moritz Pelzer**, zu der beängstigenden Entwicklung. „Wir hören das

aus fast allen Bereichen des öffentlichen Dienstes, ganz gleich ob aus Schulen und Kindergärten, den Bürgerbüros, Ausländerämtern oder dem Ordnungsamt.“

Die jungen Beschäftigten haben inzwischen die Nase voll. So prangt es auch plakativ auf Taschentuchpäckchen, die sie bei ihrer Aktion in Bonn

chen Jugenddachverband ein wichtiges Anliegen, mit der Mahnwache für mehr Respekt zu werben.

Bei ihrer Öffentlichkeitsaktion in Bonn verteilten die jungen Gewerkschafter – selber in den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Dienstes tätig – neben Luftballons fleißig Flugblätter und suchten den Dialog zu den vorbeigehenden Passanten. Und deren Reaktionen waren fast ausnahmslos positiv.

Mit „Ich finde Ihre Aktion total wichtig. Kann ich Sie irgendwie unterstützen?“ oder „Wo kann ich unterschreiben?“ drückten viele Bürger ihre Solidarität mit dem Anliegen der dbb jugend nrw aus. Auch der Vorsitzende der Bonner SPD, Gabriel Kunze, war erschienen, um mit den jungen Gewerkschaftern ins Gespräch zu kommen.

In Bonn selbst hat man die steigende Zahl an Übergriffen gegen die Beschäftigten in Ämtern und Behörden registriert und darauf in diesem Jahr mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket reagiert. Doch in vielen anderen Kommunen und Behörden stehen die Beschäftigten nach Übergriffen häufig ohne Unterstützung durch den Arbeitgeber da.

Durch ihre Kampagne „Gefahrenzone öffentlicher Dienst“ auf www.angegriffen.info und Aktionen wie die in Bonn will die Jugendorganisation des DBB NRW weiter Bewegung in die Situation bringen.

verteilt haben. „Wir arbeiten für das Gemeinwohl und werden dafür bespuckt, beschimpft oder sogar geschlagen“, sagt Pelzer. Das könne so nicht weitergehen. Darum war es dem gewerkschaftli-



Aktion der Jugendorganisation gegen Gewalt in Bonn

